

B E S C H L U S S
aus der 9. Sitzung
des Ausschusses für Bau, Planung, Tourismus und
Wirtschaftsförderung der Gemeinde Kall
vom 07.04.2016



ÖFFENTLICHER TEIL

Zu 7. Verkehrssicherheit Ortsdurchfahrt Golbach, Teilstück der L 105

Vorlagen-Nr.: 52/2016

Beratungsverlauf:

Ratsherr Kunz (SPD-Fraktion) erläutert die Gründe für den Antrag der SPD-Fraktion, die Verkehrssituation an der L 105 „Ortsdurchfahrt Golbach“ zu verbessern bzw. zu entschärfen und entsprechend den Anregungen der Bürger in der Ortslage Golbach die Verkehrssicherheit in diesem Bereich durch entsprechende Maßnahmen zu erhöhen. In den Ausführungen der Verwaltung werde dargelegt, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation nicht machbar sind. Es fehle der Ansatz, etwas zu verändern, so dass seitens der SPD-Fraktion vorgeschlagen werde, einen externen Verkehrsplaner mit der Überprüfung zu beauftragen.

Ratsherr Groß (FDP-Fraktion) weist darauf hin, dass die Thematik in der Vergangenheit bereits mehrfach auch von anderen Fraktionen vorgetragen worden sei, so dass nicht viel Hoffnung bestehe, dass große Veränderungen möglich sind. Der Vorschlag der SPD-Fraktion könnte eine Möglichkeit sein.

Ratsherr Huppertz (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sieht dies ähnlich. Darüber hinaus werde vorgeschlagen, die Möglichkeit farblicher Markierungen, die zu einer optischen Verengung führen, zu überprüfen.

Ratsherr Schmitz (CDU-Fraktion) plädiert dafür, den Vorschlag zu Ziffer 8 (Einrichtung von einspurig zu befahrenden Engstellen) umzusetzen.

Bürgermeister Radermacher sieht dies ebenso. Nach eingehender Erörterung schlägt der Bürgermeister vor, zunächst die Prüfung des Straßenbaulastträgers hierzu abzuwarten und die Verwaltung zu beauftragen, die Kosten für die Beauftragung eines Verkehrsplaners zu ermitteln.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau, Planung, Tourismus und Wirtschaftsförderung beschließt, zunächst die Prüfung des Landesbetriebes Straßen NRW zu dem Vorschlag der Einrichtung von einspurig zu befahrenden Engstellen (Punkt 8) abzuwarten.

Parallel hierzu wird die Verwaltung beauftragt, die Kosten für die Beauftragung eines Verkehrsplaners zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig